

Das Ende der Gießkanne

Der „Aufbau Ost“ kommt in Schwung, doch das Steueraufkommen ist noch zu niedrig. Die geplante Konzentration der Bundesförderung ist der richtige Weg.

Die guten Nachrichten über den „Aufbau Ost“ reißen in diesen Wochen nicht ab: Die großen Städte wie Leipzig oder Dresden weisen laut Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft deutschlandweit die höchste Wachstumsdynamik auf. Die drei mitteldeutschen Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen verzeichnen seit Jahren ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts über dem Bundesdurchschnitt, das verarbeitende Gewerbe wächst zumeist zweistellig. Auch bei den Produktinnovationen können die ostdeutschen Unternehmen laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) mehr als nur mithalten. In Branchen wie der Chemie, der Kunststoffverarbeitung, der Optik oder der Textilindustrie sind sie im Ost-West-Vergleich gar besser.

Positiv zu vermerken ist auch das Bevölkerungswachstum der Großstädte. Zentren wie Leipzig, Jena, Weimar oder Dresden zählen sogar im europäischen Vergleich zu den Spitzenreitern, wie eine aktuelle Studie der Europäischen Union zeigt. Insgesamt bleibt das Wanderungssaldo Ostdeutschlands aber negativ, jährlich zieht es unterm Strich noch immer rund 30.000 Menschen von Ost gen West. Immerhin: Die Tendenz ist deutlich rückläufig, die Fortzüge nehmen ab, die Zuzüge bleiben konstant. Von boomenden Zentren und verödenen Landregionen spricht sinngemäß der aktuelle Bericht zum Stand der deutschen Einheit von Bundesminister Wolfgang Tiefensee.

Die Herausforderungen liegen auf der Hand. So liegt das Steueraufkommen nach wie vor bei nur rund einem Drittel des Westniveaus. Zugleich sind die Kommunen mit vergleichsweise höheren Belastungen für Sozialausgaben und den noch immer erforderlichen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur konfrontiert. In Jena oder Dresden gibt es bereits weniger Arbeitslose als in manch vergleichbarer Stadt in den alten Bundesländern. Während immer mehr Betriebe qualifiziertes Personal suchen, bleibt aber ein hoher „Grundstock“ an Langzeitarbeitslosen,

für die verstärkt nach Lösungen neben dem ersten Arbeitsmarkt gesucht werden muss. Die Unternehmenstruktur ist noch immer sehr kleinteilig, die Gründungsrate und die Forschungsaufwendungen der Betriebe liegen unter dem Bundesdurchschnitt.

Der „Aufbau Ost“ kommt somit in eine neue Phase, wo es gilt, die Entwicklungen endlich differenzierter zu betrachten. Die nun vom Bund vorgenommenen Veränderungen der Förderkulisse gehen deshalb den richtigen Weg. Das sukzessive Zurückfahren der pauschalen Investitionszulage verhindert Mitnahme- und Gewöhnungseffekte, die künftige Konzentration auf die „Gemeinschaftsaufgabe“ (GA) nach 2013 ermöglicht eine noch zielsicherere Branchen-, Technologie- und Unternehmensförderung durch die Bundesländer. Das Prinzip Gießkanne wird dann endlich ein Ende haben.

Zu wünschen ist, dass stärker als bisher die innovativen Wachstumsbranchen und Cluster gefördert werden. Die Erfolge der Dresdner Mikroelektronik aus dem „Silicon Saxony“ und dem „Solarvalley Mitteldeutschland“ beim Spitzenclusterwettbewerb des Bundesforschungsministeriums bestätigen diesen Ansatz. Sie stehen nicht nur für die anhaltend hohe Investitionstätigkeit. Gerade in der Solarbranche funktioniert etwas, was ansonsten leider noch immer die Ausnahme ist: die Zusammenarbeit aller Beteiligten über Bundesländer-Grenzen hinweg. Der noch immer vergleichsweise niedrigen industriellen Dichte und den tatsächlichen Verflechtungen der Wirtschaft könnte so am besten begegnet werden. Dies müsste auf weitere Branchen übertragen werden.

Auch der wichtigsten Herausforderung Ostdeutschlands, die Anwerbung und das Halten junger Hochqualifizierter, könnte durch eine engere Kooperation gerade der öffentlichen Stellen besser begegnet werden. Auf der ersten Mitteldeutschen Absolventenmesse wurden den rund 1.500 studentischen Besuchern sage und schreibe 2.500 Stellen angeboten. Das „matching“-Problem



Bildnachweis: Uwe Frauendorf

Klaus Wurpts

ist Geschäftsführer der Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland. Darin engagieren sich strukturbestimmende Unternehmen sowie Kammern und Städte aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit dem gemeinsamen Ziel einer nachhaltigen Entwicklung und Vermarktung der Wirtschaftsregion Mitteldeutschland. (www.mitteldeutschland.com)

zwischen offenen Stellen und jungen Talenten ist offensichtlich. Nun ist zu erleben, wie Länder, Kommunen und Hochschulen mehr oder weniger unkoordiniert eigene Werbekampagnen fahren. Eine geschickte Bündelung hätte auch hier womöglich mehr Durchschlagskraft. □